

# Anwohner sammeln Unterschriften für Lärmschutz

Angst vor Chemielager-Ansiedlung / Burg-Grambke sind besorgt

VON KLAUS GRUNEWALD

**Burg-Grambke.** Die mögliche Chemielager-Ansiedlung im Industriepark treibt die Bürger in Burg und Grambke um. Beim Bürgerschnack im Deutschen Haus, zu dem sich einmal im Monat Bürger aus Burg, Grambke, dem Werderland und Umgebung treffen, wurde deutlich, dass die Explosion in der niedersächsischen Nachbargemeinde Ängste vor einem ähnlichen Unglück im Industriepark ausgelöst hat.

Dort könnte nach Ansicht von Bau- und Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne) ein Zwischenlager für Sonderabfälle entstehen, das die Firma „ProEntsorga“ aus Hamburg (Kreis Osterholz) eigentlich im Hemelinger Hafengebiet ansiedeln möchte. Doch Bürgerproteste und der Brand in Ritterhude stoppten das Vorhaben. Obwohl das Genehmigungsverfahren bereits seit drei Jahren läuft, wurde es von Lohse ausgesetzt. Als neuen Standort brachte er den Industriepark ins Gespräch.

Der Chemiker Manfred Becker, der lange Jahre als Betriebsleiter bei Nehlsen gearbeitet hat, sagte beim Bürgerschnack, damit drohe Bremen eine Schadenersatzklage von rund 350 000 Euro. Diese Summe habe „ProEntsorga“ bereits in Hemelingen investiert, nachdem die zuständigen Behörden grünes Licht signalisiert hatten.

Die Ortsamtsleiter und Beiratssprecher aus Burglesum sowie aus Walle, Findorff und Gröpelingen (West) haben sich derweil entschieden gegen ein Lager für Chemieabfälle (zum Beispiel Farben, Druckfarben, Ölfilter oder verölte Putzlappen) im Industriepark ausgesprochen (wir berichteten). Nach den Worten von Manfred Becker ist im Industriepark zwar keine Verarbeitung von Sondermüll unter hohen Temperaturen wie in Ritterhude geplant. Gleichwohl hält der Chemiker das Zwischenlager nicht für erforderlich.

In Bremen gebe es genügend derartige Anlagen, die zudem überwiegend importierten Sondermüll aus anderen Bundesländern verarbeiteten. So befinde sich beispielsweise auch auf dem Gelände des Mercedes-Werks in Hemelingen ein Sonderab-



Anwohner der Grönlandstraße setzen sich für Schutz vor Bahnlärm ein. FOTO: KOSAK

fall-Zwischenlager. Der Burglesumer Beiratsabgeordnete Rainer Tegtmeier (Die Linke) betonte: „Wir wollen den Industriepark nicht loswerden, verlangen aber eine vernünftige Industriepolitik, die nicht auf dem Rücken der Bürger ausgetragen wird.“

Einem Kampf gegen Windmühlen gleichen indes die Bemühungen der Bewohner in der Grönlandstraße, den Bahnlärm zu reduzieren. Seit 1999, als die Deutsche Bahn ein Programm zur Lärminderung an Schienenwegen auflegte, hoffen sie auf Entlastung. Im Sommer dieses Jahres schien nach 15 Jahren die Wartezeit beendet zu sein; mit der Errichtung einer Lärmschutzwand wurde begonnen. Doch mittlerweile hat sie sich als Fiasko entpuppt. Der Grund: Die Wand weist einen Durchlass von 40 Metern Breite auf, weil sich die Bahn für den Bau an dieser Stelle nicht zuständig fühlt, sondern auf die Stadtgemeinde verweist.

Der Schalltrichter aber, so die Anwohner-Initiative, überschütte einen Teil des Wohngebietes geradezu mit gewaltigem und gesundheitsgefährdendem Lärm. Die „Grönländer“ wollen jetzt den Petitionsausschuss der Bremischen Bürgerschaft anrufen und sammeln dafür bereits Unterschriften.